

„Seltower Kreisblatt“ erscheint wöchentlich. Bezugspreis monatlich RM. 1,85 einjährl. 23 Rpf. Postanweisung durch die Post monatlich RM. 1,80 (einjährl. 21 Rpf. Postzeitungsbescheinigung) zulässig 20 Rpf. Beleglosgeld. Bestellungen bei den Postanstalten, Zeitungsverkäufern und weiteren Abbestellern im Kreise.



Anzeigen lt. Preisliste 10. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Alhovastraße 87. — Fernruf: 23 03 71. Zahlungen: Postkontokonto Berlin Nr. 230 10. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2287 bei der Sparkasse des Kreises Seltow — G., Berlin W 35. — Geschäft- und Erfüllungsort: Berlin-Göhenberg.

Seltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Seltow * Amtliche Zeitung des preussischen Landkreises Seltow

Memelland sagt: Aufhebung des Kriegszustandes Ein ernster Appell der Memelländer an Litauen

Memel, 13. April.
Der memelländische Landtag hat am Dienstag abend in einer eindrucksvollen Sitzung zur politischen Lage Stellung genommen und mit überzeugendem Nachdruck die Fragen behandelt, von deren Behandlung durch die litauischen Organe eine positive Zusammenarbeit mit dem memelländischen Volkstum abhängt.
In einer von tiefem Ernst getragenen Rede wies der Abgeordnete Bingau auf die Ereignisse der letzten Wochen hin. Es sei dabei mit großer Deutlichkeit klar geworden, wie tief die Gefühle der Memelländer beunruhigt worden seien, daß man sie immer wieder bei der Auseinandersetzung um das Autonomierecht vor die Machtmittel des Staates stelle. Der litauische Staat müsse in der jetzigen Lage unendlich viel für die Befestigung des Staatsgedankens tun, wenn er aus den Erfahrungen der letzten Wochen die Erkenntnis gewinne, daß man mit den Mitteln der Macht zwar die Arme binden und den Mund zum Schweigen bringen, aber nicht Kopf und Herz gewinnen kann.
Der Redner beschaffte sich eingehend mit den Wirkungen des Kriegszustandes, der seit mehr als elf Jahren über das Memelgebiet verhängt ist. Es sei den Kriegsbehörden gelungen, im Memelgebiet Kirchhöfe zu zerstören. Alle Maßnahmen der litauischen Kriegsbehörde und ihre Zensur richteten sich gegen das Erlebnis der kulturellen und volkswirtschaftlichen Gemeinschaft der deutschen Memelländer mit dem übrigen deutschen Volk. Aber nicht nur diese, sondern auch das Gemeinwohlsergebnis der Memelländer selbst wird durch die Maßnahmen der Kriegsbehörde seit vielen Jahren unmöglich gemacht. Die Zensur

verbreite alle Werte nationalsozialistischen Inhalts. Sie macht es also den Memelländern unmöglich, sich ein unvoreingenommenes Bild der nationalsozialistischen Weltanschauung, der Weltanschauung ihres eigenen Volkes, an den Quellen selbst zu verschaffen.
Der Abgeordnete Bingau wies ferner u. a. auf die fatalen-widrige Zurüstung der deutschen Sprache im amtlichen Verkehr hin und erklärte unter kühnem Beifall der vielen Zuhörer, die der Sitzung im Zuschauerraum betwohnten oder in Nebenräumen am Lautsprecher folgten: Solange wir noch einen Hauch in uns haben, um überhaupt zu sprechen, solange werden wir die wirkliche Gleichberechtigung der beiden Sprachen verlangen, auf jedem legalen Wege, der uns zur Verfügung steht. Wir wünschen und verlangen, so erklärte Abgeordneter Bingau zum Schluß, die Beseitigung des Kriegszustandes und die Wiederherstellung des Rechtsbodens für das politische, soziale und kulturelle Leben unserer Heimat, nicht nur im Interesse des Memelgebietes, sondern auch des Gesamtstaates.
Der Landtag nahm dann mit den Stimmen sämtlicher Abgeordneten der memelländischen Einheitsliste einen Dringlichkeitsantrag an, in dem das Direktorium gebeten wird, alles zu tun, um die Aufhebung des Kriegszustandes und die Befestigung der litauischen Staatssicherheitspolizei im Memelgebiet zu erreichen.
Der Präsident des Memeldirektoriums, Baldschus, erklärte, daß das Direktorium von diesem Antrag Kenntnis nehme und kein Mittel unversucht lassen werde, den gegenwärtig durch nichts gerechtfertigten Zustand zu beseitigen.

Der Führer dankt für die Glückwünsche

Berlin, 12. April.
Anlässlich der Volksabstimmung des vergangenen Sonntags sind dem Führer und Reichsstatler aus dem ganzen Deutschen Reich und von deutschen Männern und Frauen jenseits unserer Grenzen viele Hunderte von Telegrammen und Schreiben zugegangen, in denen die jubelnde Freude über dieses Ergebnis und das Gefühl stolzer Verbundenheit mit dem Reich der Deutschen und seinem Führer zum Ausdruck kommen. Ebenso haben zahlreiche Ausländer dem Führer ihre Anerkennung über dieses Ergebnis und ihre Glückwünsche zu diesem Freudeerkenntnis übermittelt. Der Führer, dem es nicht möglich ist, diese vielen Kundgebungen einzeln zu beantworten, läßt daher allen Volksgenossen, die feiner in treuer Unabhängigkeit gehandelt haben, auf diesem Wege aufs herzlichste danken.

Fraülein Primo de Rivera vom Führer empfangen

Berlin, 12. April.
Der Führer und Reichsstatler empfing heute nachmittags die zur Zeit auf einer Deutschlandreise in Berlin weilende Führerin der Frauenschaft des nationalen Spaniens (Falange Femenina), Fraülein Pilar Primo de Rivera, die Tochter des verstorbenen früheren Regierungschefs Spaniens. Fraülein Primo de Rivera überbrachte dem Führer als Ehrengabe der spanischen Frauen einen nach alten Modellen handgeschmiedeten Toledoer Degen und einen ebenfalls goldbelegten Dolch. Im Anschluß an den Empfang begrüßte der Führer die Begleitinnen: Die Herzogin von Sotano, Fraülein Yamamoto, Herrn Dr. Conde, Herrn Barbo, Gruppenleiter der Falange von Berlin, und Fraülein Paul von der Reichsfraternisierung.

Hannes Schneeberger beim Führer

Berlin, 12. April.
Heute meldete sich beim Führer und Reichsstatler Hg. Hannes Schneeberger aus Mairai (Tirol), der am 16. März mit zwei SA-Kameraden auf dem 3800 Meter hohen Groß-Glockner, dem höchsten Berge Großdeutschlands, die Selenkreuzfahne hißte.

Reiseverkehr nach Oesterreich ohne Beschränkung

Berlin, 12. April.
Der Reichswirtschaftsminister hat im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichsauswärtigen für Fremdenverkehr sämtliche noch bestehenden Beschränkungen für die Mitnahme von Zahlungsmitteln im Reiseverkehr zwischen dem bisherigen Reichsgebiet und dem Lande Oesterreich mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die Mitnahme von Zahlungsmitteln für Reisezwecke, die bislang noch auf einen Monatsbetrag von 300 RM. beschränkt war, ist nunmehr in beiden Richtungen in beliebiger Höhe über die bisherige deutsch-österreichische Grenze zulässig.

Schweizer Journalisten gegen Emigrantenerbe

Lausanne, 12. April.
In einer Tagung der Waadtländischen Journalisten erklärte der Vorsitzende des Vereins Schweizer Presse, Jean Rüdiger, zu dem Thema „Die Schweizer Presse und die politischen Ereignisse“, die Presse der Schweiz habe die Pflicht, ihrerseits durchaus neutral zu sein. Sie habe die Pflicht, sich keine Entgleisungen gegenüber irgendeinem Nachbarlande zuzulassen, sondern zu lassen und müsse sich die Veröffentlichung falscher Nachrichten, die aus gewissen ausländischen Reisejournalisten, verlangen. Vor allem dürfe sie nicht den politischen Emigranten verschiedener Länder als Tribune dienen. Wir müssen, fuhr der Redner fort, den Grundhaltungen verfolgen: Die Schweizer Presse den Schweizern, wenn wir erste internationale Zwischenfälle vermeiden wollen.
In einer einmütigen angenommenen Entschließung wurden dem Rüdiger erteilten Grundidee unterfunden. Insbesondere wurde der Zentralvorstand des Vereins der Schweizer Presse angefordert, weiterhin gegen falsche Nachrichten anzukämpfen.

Marxistische Brunnenvergiftung übelster Art

Berlin, 12. April.
Der marxistische „Daily Herald“ in London veröffentlicht in sensationeller Aufmachung eine Meldung, wonach angeblich geheimes Aktenmaterial Schußwunden und gewisse Dokumente durch einen Vertrauensmann Bernattos nach England gebracht worden sei; unter diesen Papieren befände sich auch eine Instruktion an die Nationalsozialisten in Südtirol. Es wird sogar die Behauptung aufgestellt, daß hierbei sich Briefe des Führers befänden, die sich auf die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich bezögen.
Bei der obigen Veröffentlichung handelt es sich um bewusste und grobe Fälschungen; solche Briefe des Führers existieren ebensowenig wie etwa Anweisungen von Parteifeldern nach Südtirol. Das Vorgehen des marxistischen Blattes kann nicht schärfer genug an den Pranger gestellt werden; es handelt sich um eine Brunnenvergiftung der übelsten Art, die ein bezeichnendes Schicksal auf die Kampfmethoden gewisser Gegner des Nationalsozialismus im Auslande wirft.

Italienische Blätter begrüßen die Haltung Englands

Mailand, 12. April.
Eine aus Genf hier vorliegende Meldung, daß die englische Regierung in einer Note die Regelung der Weisheitenfrage anlässlich der nächsten Ratstagung beantragt habe, hat zusammen mit den Versicherungen über den guten Fortschritt der italienisch-englischen Verhandlungen in der norditalienischen Presse eine sehr zweifelhafte Echo ausgelöst. Der „Corriere della Sera“ hebt die Bedeutung des englischen Schrittes hervor, der die rechtliche Anerkennung der italienischen Oberhoheit über Westphalen eingeleitet werden solle. Die britische Regierung habe ihren Entschluß im Geiste des Abkommens getroffen, das in Rom besiegelt wurde. „Popolo d'Italia“ erklärt, in dem Schreiben des britischen Auswärtigen Amtes an das Sekretariat der Genfer Liga liege die Bestätigung dafür, daß die italienisch-englischen Ausprägungen zu einem glücklichen Abschluß gekommen seien und daß nur noch der Text dieser Vereinbarungen reaktionell zu vervollständigen sei.
Auch die „Stampa“ begrüßt den Londoner Schritt und spricht von einer europäischen Entspannung. Das italienisch-englische Abkommen sei mit einer Schnelligkeit unter Dach und Fach gebracht worden, die alle jene aus dem Gleichgewicht bringe, die ihre Politik auf die hartnäckigste Unversöhnlichkeit Englands gegenüber dem faschistischen Italien abgestellt hätten. Zwei Monate nach dem Eintritt Obens hätten jedoch genügt, um eine gefahrbeladene Atmosphäre zu bereinigen. Besonders lobhaft sei das Echo in Paris, wo sich nun auch die Stimmen für eine Besserung der Beziehungen

Frankreichs zu Italien mehren. Freilich verfolge Italien mit Aufmerksamkeit die neue Phase der tiefen Krise, die Frankreich durchmache.

Die Abessinienfrage vor Genf

Genf, 12. April.
Die Note des Foreign Office an den Generalsekretär der Genfer Liga über die Abessinienfrage lautet folgendermaßen:
„Der Generalsekretär! Im Auftrag des britischen Außenministers beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:
Die britische Regierung hat die anormale Lage geprüft, die sich aus der Tatsache ergibt, daß viele Mitgliedstaaten der Liga, darunter nicht weniger als fünf im Rat vertretene Staaten, die Ausübung der Souveränität der italienischen Regierung über Abessinien anerkennen, oder Beschlüsse gefaßt haben, die diese Anerkennung beinhalten, während andere Mitglieder der Liga das nicht getan haben. Die britische Regierung glaubt, daß diese Lage geklärt werden muß. Demgemäß bin ich beauftragt, Sie zu ersuchen, auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung der Liga folgendes zu setzen:
„Folgerungen aus der gegenwärtigen Lage in Abessinien.“
gez. Philipp Nicols.“

Die fünf Ratsmitglieder, auf die in dieser englischen Mitteilung angepielt wird, sind offenbar Polen, Belgien, Rumänien, Letland und Ecuador.

Der Generalsekretär hat, wie man hört, die englische Mitteilung in der üblichen Weise den Ratsmitgliedern sowie den übrigen Mitgliedern der Liga zur Kenntnis gebracht. Wenn kein Widerspruch erfolgt, wird der Punkt Abessinien in der von der englischen Regierung gewünschten Fassung auf der Tagesordnung der am 9. Mai beginnenden Tagung erscheinen.

Daladier hat sein Ermächtigungsgefeß

Paris, 13. April.
Kurz nach 2 Uhr früh nahm die Kammer die Ermächtigungsvorlage mit 508 gegen 12 Stimmen an. Die Vertreter der Mitte, der Sozialdemokraten und der Kommunisten hatten im Verlaufe der Aussprache erklärt, sie würden für die Vorlage stimmen, während die Sprecher der Rechten ihre Stimmenthaltung ankündigten.
Die Aussprache über die Ermächtigungsvorlage hatte nichts Neues gebracht. Ein Antrag des rechtsgerichteten Abgeordneten Marin, in die Ermächtigungsvorlage die Bestimmung aufzunehmen, daß die Dekrete der Regierung vorher dem Finanzamt für die Kammer vorzulegen seien, wurde mit 528 gegen 107 Stimmen abgelehnt.
Nach kurzen Schlussworten des Ministerpräsidenten Daladier und des Kammerpräsidenten Serriot vertagte sich die Kammer auf Mittwoch, 21 Uhr.